

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. Sitzung

am Donnerstag, dem 14. Juni 2001, 14:00 Uhr,
in Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Dr. Henning Höppner (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Gudrun Kockmann-Schadendorf (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Sylvia Eisenberg (CDU)

Jost de Jager (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Frauke Tengler (CDU)

in Vertretung für Caroline Schwarz

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Joachim Behm (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. a) Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht	5
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/734	
b) Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen im Rahmen der Berufsausbildung	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/737	
2. Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/911	
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/933 (neu)	
3. a) Kürzer und besser: Weiterentwicklung des Gymnasiums	8
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/813	
b) Verfahren zum Modellversuch „Abitur nach 12 Jahren“	
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/904	
4. Einrichtung von Ganztagschulen in Schleswig-Holstein	9
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/893	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/932	
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 15/938	

5. Erhalt von Sprachheilgrundschulen	11
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/916	
6. Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz; hier: Anmeldung zum 31. Rahmenplan für den Hochschulbau (2002 bis 2005)	12
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/912	
7. Bericht des Bildungsministeriums über die Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung über die 68er Bewegung am 8. Mai 2001 in der Kieler Pumpe	13
8. Finanzierung von zusätzlichen Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden für Schulleitungen	14
9. WiPo-Unterricht in der Sekundarstufe I der Gymnasien	15
Kleine Anfrage der Abg. Eisenberg (CDU) Drucksache 15/847	
10. a) Zustandekommen und Auswirkungen des 35-Millionen-DM-Defizits auf den Einzelplan 07 des Bildungsministeriums im Haushaltsjahr 2001	16
b) Auswirkungen der von der Landesregierung beschlossenen Haushaltseck- werte 2002 auf Einzelplan 07 des Bildungsministeriums	
11. Verschiedenes	17

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

a) Fachlehrerinnen und Fachlehrer für Berufsschulunterricht

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/734

(überwiesen am 21. Februar 2001)
hierzu: Umdruck 15/1162

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 15/1162, wird einstimmig angenommen.

b) Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen im Rahmen der Berufsausbildung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/737

(überwiesen am 21. Februar 2001)

hierzu: Umdrucke 15/1013, 15/1014, 15/1018, 15/1034, 15/1035, 15/1135

Während Abg. Eisenberg das Ergebnis der schriftlichen Anhörung weitgehend als Bestätigung der Intention des CDU-Antrages wertet, eine Flexibilisierung der Ausbildungsordnungen in Richtung einer praktischen Ausbildung („unterhalb des Gesellenbriefes“) anzustoßen, verweisen die Abgeordneten Jacobs und Weber darauf, dass der CDU-Antrag in der Mehrheit der Stellungnahmen keine Zustimmung finde, und sprechen sich unter Hinweis auf eine vom Landtag vor gut drei Jahren verabschiedete Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drucksache 14/1365) dafür aus, statt neue Ausbildungswege zu formulieren, verschiedene Qualifikationswege in der beruflichen Bildung vorzuhalten und insbesondere die Möglichkeit der Zertifizierung von Teilqualifikationen zuzulassen, wie es beispielsweise in einem Pilotprojekt des Kfz-Handwerks geschehe.

Abg. Birk bittet die Landesregierung in diesem Zusammenhang, den Ausschuss im Herbst über Erfahrungen mit Maßnahmen zur „Sicherung von Ausbildungsabschlüssen für lernschwache Jugendliche, besonders für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, durch Anerkennung von Teilqualifikationen, die nach erfolgreicher beruflicher Tätigkeit in Vollqualifikationen umgewandelt werden können“ (Drucksache 14/1365), zu unterrichten.

Der CDU-Antrag wird mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der beruflichen Schulen zu Regionalen Berufsbildungszentren

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/911

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/933 (neu)

(überwiesen am 9. Mai 2001)

Die Vertreter der SPD plädieren dafür, unter Punkt 2 des CDU-Antrages folgenden Satz zu streichen: „Eine Reform mit der Zielsetzung eines Sparmodells ist abzulehnen.“

Abg. de Jager hält den Satz als Willensbekundung des Parlaments für entscheidend, eine Reform des berufsbildenden Schulwesens in erster Linie unter inhaltlichen Gesichtspunkten und nicht unter Einsparnotwendigkeiten durchzuführen.

M Erdsiek-Rave wehrt sich gegen den Eindruck, die Landesregierung verfolge mit den RBZs ein „Sparmodell“, macht aber darauf aufmerksam, dass es Sinn von Strukturveränderungen und im Interesse aller Beteiligten sei, die Effizienz von Strukturen zu optimieren und so beispielsweise durch Einwerben eigener Mittel die Ausgaben des Landes zu reduzieren.

Den Bericht der Landesregierung nimmt der Ausschuss zur Kenntnis. Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vier Stimmen der SPD bei Enthaltung der FDP und des Vorsitzenden wird der CDU-Antrag mit der Maßgabe angenommen, im zweiten Satz das Wort „auszuschließen“ durch die Wörter „zu vermeiden“ zu ersetzen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Kürzer und besser: Weiterentwicklung des Gymnasiums

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/813

(überwiesen am 21. März 2001)

b) Verfahren zum Modellversuch „Abitur nach 12 Jahren“

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/904

(überwiesen am 9. Mai 2001 zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. de Jager teilt M Erdsiek-Rave mit, das Ministerium werde zum Schuljahr 2002/03 auch den Gymnasien der kreisfreien Städte die Möglichkeit eröffnen, den verkürzten Bildungsgang zum Abitur in einem Klassenzug zu erproben, und nicht mehr auf der Umsetzung des so genannten Jahrgangsmodells bestehen. - Die Abgeordneten Eisenberg und Klug begrüßen die Öffnung des Modellversuchs.

Der CDU-Antrag, Drucksache 15/813, wird mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. Den Bericht der Landesregierung nimmt der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Einrichtung von Ganztagschulen in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/893

Änderungsantrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/932

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/938

(überwiesen am 9. Mai 2001)

Alle Fraktionen sind sich in der Aufforderung an die Landesregierung einig, dem in § 25 Abs. 6 des Schulgesetzes verankerten Grundsatz Rechnung zu tragen, an Schulen für Geistigbehinderte und Körperbehinderte in der Regel Ganztagsunterricht zu erteilen, machen aber gleichzeitig deutlich, dass es darum gehe, ein verlässliches, bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten und keinesfalls eine Zwangsganztagsbeschulung umzusetzen.

M Erdsiek-Rave macht darauf aufmerksam, dass es weder vonseiten der meisten Eltern von in G- oder K-Schulen beschulten Kindern den Wunsch gebe, dass ihr Kind den ganzen Tag in der Schule verbringen müsse, noch vonseiten der Schulträger ein konkreter Antrag auf Ganztagsbeschulung vorliege. Vielmehr gehe es darum, entsprechende Nachmittagsangebote, die es schon jetzt gebe, vorzuhalten.

Abg. Birk erklärt, ihre Fraktion werde sich vor dem Hintergrund, dass Kommunen in diesem Zusammenhang aus finanziellen Gründen nicht von sich aus aktiv würden, dafür einsetzen, tatsächlich bedarfsgerechte Ganztagsangebote zu schaffen.

Auch Abg. Eisenberg stellt klar, dass nicht die kommunale Seite, sondern das Land in der Pflicht stehe, entsprechende Ganztagsangebote zu finanzieren.

Die ersten fünf Absätze des Antrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP, der letzte Absatz des Antrages einstimmig angenommen.

Mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU wird der Änderungsantrag der CDU abgelehnt und der FDP-Antrag in der Fassung des Antrages der Koalitionsfraktionen angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Erhalt von Sprachheilgrundschulen

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/916

(überwiesen am 9. Mai 2001)

Der Ausschuss kommt überein, die Beschlussfassung über den CDU-Antrag bis zur im September erwarteten Vorlage des Konzepts des Bildungsministeriums zur Sprachheilverförderung zurückzustellen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Gemeinsame Rahmenplanung nach Artikel 91 a Grundgesetz
hier: Anmeldung zum 31. Rahmenplan für den Hochschulbau (2002 bis
2005)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/912

(überwiesen am 11. Mai 2001 an den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave teilt mit, dass die Deutsche Krebshilfe zum Aufbau eines Kompetenzzentrums für Stammzelltransplantation und Zelltherapie einen Zuschuss von 13,6 Millionen DM bewilligt habe.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Bericht des Bildungsministeriums über die Veranstaltung der Landeszentrale für politische Bildung über die 68er-Bewegung am 8. Mai 2001 in der Kieler Pumpe

Der Ausschuss begrüßt die Erklärung der Landeszentrale für politische Bildung anlässlich der Sitzung des Kuratoriums am 31. Mai 2001 zur Veranstaltung über die 68er-Bewegung am 8. Mai 2001 in der Kieler Pumpe.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Finanzierung von zusätzlichen Ausgleichs- und Ermäßigungsstunden für Schulleitungen

Auf eine Frage von Abg. de Jager legt M Erdsiek-Rave dar, um den zunehmenden Anforderungen an die Schulleitungen gerecht zu werden und deren Attraktivität zu steigern, werde die Unterrichtsverpflichtung der Schulleitungen im Gegenwert von insgesamt rund 70 Stellen reduziert, die aus dem System heraus finanziert würden, ohne in die Unterrichtsversorgung oder die Stundenpools der Schulen einzugreifen, nämlich durch Rückführung von Ausgleichsstunden aus dem so genannten Landespool, durch Rückführung von Ausgleichsstunden aus dem so genannten IPTS-Pool im Gegenwert von zehn Stellen (Kreisbildstellen) und durch Einbeziehung des eigenverantwortlichen Unterrichts der im kommenden Schuljahr zusätzlich eingestellten 100 Referendare in das Personalbemessungsverfahren im Gegenwert von 30 Stellen.

Die Oppositionsfraktionen zeigen sich verwundert darüber, dass erstmalig eigenverantwortlicher Unterricht von Referendaren in die Unterrichtsversorgung einberechnet werde, und bitten das Ministerium, dem Ausschuss das neue Personalbemessungsverfahren zuzuleiten.

Abg. Birk äußert, sie sei zwar nicht besonders begeistert über die Einberechnung des Referendarunterrichts, sehe aber angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen keine Alternative zu diesem Weg.

M Erdsiek-Rave hält es für vertretbar, angesichts eines allseits als wichtig und notwendig angesehenen Ausgleichstatbestandes für die Schulleitungen eine solche Gegenfinanzierung vorzunehmen, stellt klar, dass keinesfalls beabsichtigt sei, sämtliche Referendarstunden in die Unterrichtsversorgung einzuberechnen, und macht darauf aufmerksam, dass andere Bundesländer große Teile des von Referendaren erteilten Unterrichts in die Unterrichtsversorgung einbezögen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

WiPo-Unterricht in der Sekundarstufe I der Gymnasien

Kleine Anfrage der Abg. Eisenberg (CDU),
Drucksache 15/847

M Erdsiek-Rave sagt zu, die Fragen 7 und 8 der Kleinen Anfrage von Abg. Eisenberg zur Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I des Gymnasiums (Drucksache 15/847) zu beantworten, weist allerdings darauf hin, dass die Beantwortung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen werde.

Punkt 10 der Tagesordnung:

a) Zustandekommen und Auswirkungen des 35-Millionen-DM-Defizits auf den Einzelplan 07 des Bildungsministeriums im Haushaltsjahr 2001

Abg. Dr. Klug fragt die Ministerin, ob es zutreffe, dass sich die von der Ministerpräsidentin als „arme Seele“ bezeichnete Person aus dem Bildungsministerium seit letzter Woche im Krankenhaus befinde.

Die anderen Ausschussmitglieder und insbesondere die Ministerin zeigen sich befremdet darüber, dass eine solche Frage in öffentlicher Sitzung gestellt wird, und die Ministerin stellt unmissverständlich klar, dass sie eine Beratung des Ausschusses über einzelne Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter ihres Ministeriums nicht akzeptieren werde.

Daraufhin beantragt Abg. Weber, den gesamten Tagesordnungspunkt 10 a) nicht zu behandeln; Abg. de Jager beantragt, nur die Frage des Zustandekommens des Defizits im Haushalt des Bildungsministeriums nicht zu behandeln, wohl aber über dessen Auswirkungen zu sprechen. - In alternativer Abstimmung erhält der Antrag von Abg. Weber mit den Stimmen von SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Mehrheit.

Daraufhin kündigt Abg. de Jager an, in Sachen Zustandekommen des 35-Millionen-DM-Defizits in der nächsten Sitzung ein Aktenvorlagebegehren zu stellen.

b) Auswirkungen der von der Landesregierung beschlossenen Haushalts-eckwerte 2002 auf den Einzelplan 07 des Bildungsministeriums

Abg. de Jager fragt insbesondere nach den Auswirkungen auf die Lehrerarbeitszeit, die Abendschulen, die Landeszentrale für politische Bildung und das IPTS.

Die Ministerin erwidert, sie werde und könne den Beratungsergebnissen der Klausursitzung des Kabinetts am 16. Juli 2001 nicht vorgreifen (vergleiche Artikel 23 Abs. 3 der Landesverfassung).

Punkt 11 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Die bildungspolitischen Sprecher werden beauftragt, sich am Rande der kommenden Landtagstagung darauf zu verständigen, ob, welche und wann der Ausschuss in nächster Zeit **Bereisungen** vornimmt (KZ-Gedenkstätte Ahrensböök, Schloss Eutin, Forschungs- und Technologiezentrum Westküste).

b) Der Ausschuss beauftragt den Vorsitzenden und die bildungspolitischen Sprecher, sich mit einem Schreiben in Sachen Behandlung der **Lupus-Krankheit** an der Kieler Universitätsklinik zu befassen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:30 Uhr.

Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer